

Vorschriften sichern Bürokraten ihre Existenz



März 2023

Folge 277

Vorschriften regeln das Zusammenleben von Gemeinschaften. Die Verwaltung benötigt Vorschriften, damit die Entscheidungen nicht willkürlich getroffen werden.



Bei der Erdbebenkatastrophe in der Türkei und Syrien zeigte sich welche schlimmen Folgen es hat, wenn Bauvorschriften missachtet werden. In Deutschland sind allerdings Bauvorschriften so aufgeblasen, dass sie Bauen unnötig komplizieren, manchmal sogar Bauen verhindern.



Am Übergang des Schwimmbadgässchens zur Zeilstraße sehen wir, wie verantwortungslose Bürokraten mit verantwortungslosen Vorschriften umgehen. Diese **Sicherungen** mussten aufgrund von Vorschriften entfernt werden.

Geht es in manchen Dienststellen nur darum, irgendwelche Vorschriften ohne Sinn und Verstand umzusetzen, dann wären dort nicht hochbezahlte Bürokraten nötig. Früher spottete man, das könnten auch dressierte Affen, heute würde man sagen, das könnte Künstliche Intelligenz besser.



Am Bahnübergang zum Industriegebiet haben sich mittlerweile drei schwere Unfälle ereignet. Die Bahn weigert sich aufgrund irgendwelcher Vorschriften, dort eine Sicherungstechnik mit Sensoren einzubauen. Die dazu nötige Technik können Modellbahner an zwei Abenden zusammenlöten.



Die langen Schließzeiten des Bahnüberganges „Grüner Weg“ provozieren immer wieder, dass Schüler bei geschlossenen Schranken über den Bahnübergang laufen. Diese seltsamen Vorschriften schützen die Bürokraten und nicht die Schüler.

Mir scheint es so, als ob Vorschriften nicht immer durchgesetzt werden. Rund um Buseck gibt es sogenannte „Wochenendgebiete“. Entspricht die Nutzung und die Bebauung dort immer den Vorschriften?



In Neukirchen waren Kinder im Dorfteich ertrunken. Der Bürgermeister wurde verurteilt, weil der Teich nicht mit einem Zaun abgesichert war.

Die Bürokratie ist natürlich abgesichert. Wird ein Kind beim Schwimmbadgässchen überfahren, dann wird der verantwortungslose Bürokrat, der die Entfernung der Sicherungen verlangte, mit Sicherheit nicht verurteilt.



Manchmal setzt sich der „gesunde Menschenverstand“ doch durch. Die Gießener Allgemeine berichtet am 2. November 2007:

„Das hessische Stöffche“ darf nicht mehr Apfelwein heißen. Die Europäische Kommission will den Begriff „Apfelwein“ verbieten (weil ihr wichtigere Themen fehlen). Hessische Politiker liefen dagegen Sturm und der Unfug wurde abgewehrt.

Am der Kreuzung Unterpforte schlug ich vor, einen Spiegel zur besseren Übersicht zu installieren.

Dies wurde abgelehnt, der Spiegel würde vom Verkehr ablenken. Die vielen Schilder tun dies offensichtlich nicht.



Ein Beispiel für ein Bürokratiemonstrum ist das Beschaffungsamt der Bundeswehr. Das kann man nicht reformieren, sondern nur auflösen und mit neuem Personal wieder aufbauen. Die Führungsriege gehört mit einem Berufsverbot belegt, damit nicht das passiert was Hartmut Mehdorn „leistete“. Erst richtete er die Bahn zugrunde und dann sorgte er erfolgreich dafür, dass der Berliner Flughafen nicht fertiggebaut wurde.

Legt man sich mit der Bürokratie an, ist dies wie ein Kampf gegen Windmühlen. Aber auch gegen Windmühlen kämpft die Bürokratie. Der RP Gießen versuchte jahrelang mit allerlei neu erfundenen Vorschriften die Windräder in Staufenberg zu verhindern.



Es ist unglaublich, was die letzte Bundesregierung sich alles an bürokratischen Hürden einfallen ließ, um den Ausbau der Windenergie zu sabotieren.



Jetzt sollen im Fernwald Windräder gebaut werden. Oppenrod ist nahe an dem Standort. Deshalb müssen die Oppenröder objektiv über die Vor- und Nachteile informiert werden. Leider verbreiten aber auch Ideologen ihre absurden Argumente.

Ich würde lieber einige Windräder sehen, wenn der Wald hinter unserem Garten noch so dicht wie 1987 wäre. Auf dem Bild sieht man die Fichten im Hintergrund. Sie sind mittlerweile dem Klimawandel zum Opfer gefallen. Hätte man früher mehr Windräder gebaut, wären die Waldschäden bestimmt nicht so groß wie heute.